

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich erlaube mir, aus dem unkorrigierten Manuskript des Bundespresseamtes anlässlich der gestrigen Bundespressekonferenz zu zitieren: ...

Heute haben wir im Deutschen Bundestag 2 Anträge für die Beibehaltung des EU-Waffenembargos: Quasi einmütig präsentieren sich Regierungs- und Oppositionskoalition bei diesem Thema.

Doch der Schein trügt.

Wie eben gehört, steht der Bundeskanzler klar für die sofortige Abschaffung des EU-Waffenembargos gegenüber China. Die Regierungskoalition hingegen steuert mit ihrem Antrag, das Embargo aufrechtzuerhalten, auf direkten Konfrontationskurs. Dies ist für uns die klare Bestätigung: Schröder ist mit seinem einsamen China-Böller gescheitert. Seine Fraktion distanziert sich öffentlich von ihm – für den Bundeskanzler ist dies die rote Warnlampe.

Im Ergebnis ist dieses Herumlavieren in der Menschenrechts- und Außenwirtschaftspolitik wieder einmal mehr ein Beleg für die große Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit dieser rot-grünen Bundesregierung.

China ist eines der großen, dynamischen Zentren der Weltpolitik. Ein enges Verhältnis zu China ist deshalb von großer Bedeutung. Es erfordert aber zugleich eine Gratwanderung zwischen einerseits kühler und pragmatischer Vertretung deutscher Interessen und andererseits beständiger Prinzipientreue. Diese Gratwanderung misslingt der Bundesregierung jedoch gründlich.

Wir fordern daher mehr Klarheit und eine Rhetorik mit Realitätssinn: Deutschland muss wieder zum rechten Maß zurückkehren.

Und daher lehnen wir den in der Grundforderung richtigen, aber unklar formulierten Antrag der rot-grünen Koalition ab und stimmen dem FDP-Antrag zu. Allein die Möglichkeit, das Embargo unter bestimmten Voraussetzungen aufzuheben, bietet ein gefährliches Schlupfloch und sendet das falsche Signal in dieser Frage. Auch die Überschriften zeigen es: Bei Rot-Grün: „EU-Waffenembargo gegenüber der Volksrepublik China“, bei der FDP: „Gegen eine Aufhebung des EU-Waffenembargos gegenüber der VR China“. Statt klarer Aussagen windet sich die Regierungskoalition, die sich mit diesem Antrag sogar gegen den eigenen Regierungschef stellt. Denn

klar ist, dass in China immer noch erhebliche Menschenrechtsverletzungen erfolgen. Damit aber sind Rüstungsexporte indiskutabel.

Das Streben des Bundeskanzlers nach Aufhebung des EU-Waffenembargos erstaunt uns in vielerlei Hinsicht.

Zum ersten setzt diese Bundesregierung völlig falsche Zeichen: Zwar hat sich China seit dem Tienamen-Massaker 1989 weiter entwickelt. Dennoch ist die Menschenrechtsslage nicht signifikant besser geworden. Einst sollte das Embargo ein deutliches moralisches Signal geben. Die Aufhebung, wie seit einem Jahr vom Bundeskanzler öffentlich gefordert, würde jedoch das Gegenteil bewirken. Dessen ist sich die Bundesregierung anscheinend aber nicht bewusst.

Zweitens: Die Bundesregierung betont, bei Aufhebung des EU-Embargos würden Exporte nach deutschen Richtlinien aber weiterhin unmöglich sein. Dann muss man doch fragen, warum die Gründe, die gegen die Lockerung der deutschen Exportrichtlinien sprechen, eine Aufhebung des EU-Embargos ermöglichen würden? In Ihrer Antwort vom 26.02.04 auf die kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion führt die Bundesregierung nur lapidar an: „Die Bundesregierung sieht keinen Widerspruch zwischen den Äußerungen des Bundeskanzlers und den Vorgaben der Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern.“ So einfach funktioniert rot-grüne Außenpolitik.

Und drittens ist es wieder einmal erstaunlich und bestürzend zugleich, dass der Bundeskanzler das Handeln im Geiste Europas völlig verlernt zu haben scheint. Sein Vorstoß, das EU-Waffenembargo aufzuheben, erfolgte ohne Absprache mit den EU-Partnern. Lediglich bilateral mit Frankreich gab es Einigkeit. Dass wir zusammen mit Frankreich einst der Motor der europäischen Integration waren –quasi die zweite Grundfeste deutscher Außenpolitik– ist lediglich noch ein spaltender Keil im Getriebe.

Meine Damen und Herren, es hat sich in aller Stille ein Schwenk in der Außenwirtschaftspolitik durchgesetzt. Galten Rüstungsexporte in den ersten Jahren der rot-grünen Koalition noch als Teufelswerk, so sind Lockerungen nun unübersehbar geworden. Angefangen von den koalitionsgefährdenden Plänen zur Lieferung der Hanauer Brennelementefabrik nach China, hin zu Rüstungslieferungen an den Irak, demnächst nach Libyen, Indien oder China - der

Bundeskanzler gefällt sich in seiner neuen Rolle. Und der Außenminister scheint seinen Widerstand gebrochen zu haben, obwohl er erst diesen Sommer noch in Peking mutig all jene Themen angesprochen hat, um die sich der Bundeskanzler windet. Was ist denn nun mit der Hanauer Fabrik, die der einstige hessische Umweltminister Fischer so heftig bekämpft hat?

Der Bundeskanzler und sein Stellvertreter sind dringend gefragt, hierzu Auskunft zu geben. Sie sollten zu den Prinzipien zurückkehren, die einst deutsche Außenpolitik ausgemacht haben. Ganz besonders gilt es, die rot-grüne Prinzipienlosigkeit gegenüber China aufzugeben. Betrachten Sie das EU-Waffenembargo als verbindlich, unterlassen Sie Ihre außenpolitischen Alleingänge. Und vor allem, handeln Sie im Einvernehmen mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Feuer soll man nicht in Papier hüllen, sagen die Chinesen. Für den EU-China Gipfel am 8. Dezember 2004 sollten Sie sich diesen Grundsatz verinnerlichen.